

Parteien zur Wahl

„Angenommen, Ihre Partei stellt nach der Wahl die Regierung oder ist an der Regierung beteiligt ...“ Unter diesem Motto haben CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke dreizehn Fragen beantwortet.

Gefragt haben die *Nachrichten aus der Chemie*, das *Physik Journal* und der Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland.

Innovationen werden eine besondere Rolle bei der Bewältigung der jetzigen Krise spielen. Welche Prioritäten setzen Sie in diesem Zusammenhang in der Forschungsförderung?

Unsere Schwerpunkte hinsichtlich der öffentlich finanzierten Forschungsförderung sind die Bekämpfung des Klimawandels, wirksamer Umweltschutz, der Umgang mit der heterogener werdenden Gesellschaft und der demografische Wandel. Ein zentraler Ansatz dabei sind die Aspekte der Energie- und Ressourceneffizienz. Gleichzeitig wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN strukturelle Defizite angehen. Die Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund und von Frauen liegen in Deutschland immer noch weitgehend brach. Wir wollen diese beiden Gruppen stärker fördern, gerade in der Wissenschaft.

Dies bedeutet für uns, dass in der gesamten Bildungskette mehr Chancengerechtigkeit geschaffen werden muss. Von der frühkindlichen Bildung über die Schule bis zur Hochschule und Weiterbildung muss mehr gefördert und weniger aussortiert werden.

Außerdem setzen wir auf die Impulse aus dem Europäischen Forschungsraum, vor allem aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm. Hier wollen wir „bottom-up-Ansätze“ unterstützen, die durch europäische Kooperationen einen Mehrwert in der Forschung erzielen. Dieses Grundprinzip wollen wir Grüne auch im 8. Forschungsrahmenprogramm verankern, das ab 2010 Gestalt annehmen wird.

Welche neuen Förderprogramme planen Sie dazu und welche bestehenden stellen Sie auf den Prüfstand?

Wir wollen mehr öffentliche Forschungsförderung im Bereich der Energieeffizienz und der Erneuerbaren Energiequellen, der Energiespeicher, der Mobilitäts- und der Materialforschung.

Wir streben eine Umwidmung der Forschungsvorhaben zur Entwicklung gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere an. Stattdessen wollen wir bisher weitgehend unbearbeitete Forschungsfelder wie die ökologische Pflanzen- und Tierzucht, die ökologische Tier- und Pflanzenernährung, den ökologischen Weinbau und den biologischen Pflanzenschutz fördern. In den Lebenswissenschaften wollen wir Forschung mit adulten Stammzellen ausweiten, damit auf die Verwendung embryonaler Stammzellen verzichtet werden kann. Alle bestehenden Förderprogramme gehören auf den Prüfstand, ob sie ausreichende Mittel für die Risikoforschung und die Technikfolgenabschätzung bereitstellen. Gender-Perspektiven und die Bedürfnisse einer heterogenen Gesellschaft wollen wir zum selbstverständlichen Bestandteil von Forschungsfragen machen.

Wie und wann erreichen Sie eine Forschungsförderung in Höhe von 3% des BIP?

Das Lissabon-Ziel ist wichtig, um in allen EU-Mitgliedstaaten eine Aufbruchstimmung für die Forschung zu schaffen. Wir Grüne wollen dauerhaft mindestens 3% des BIP in Forschung und Entwicklung investieren und dies in der nächsten Legislaturperiode erreichen. Eine rein nominale Betrachtung der Forschungsförderung reicht allerdings nicht aus. Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Krise, könnte das 3%-Ziel 2009 nominal erreicht werden, vorausgesetzt die privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung brechen nicht deutlich ein. Dauerhaft das Lissabon-Ziel zu erreichen, erfordert aber verstärkte Anstrengungen und strukturelle Fortschritte. Zwar werden mit dem Pakt für Forschung und Innovation und der Exzellenzinitiative zwei ursprünglich Rot-Grüne Projekte weitergeführt, es fehlt aber an den notwendigen Grundlagen vor allem im Hochschulbereich. Der Hochschulpakt 1 funktioniert bisher nicht, weil er den Hochschulen zu geringe Anreize gibt, der Hochschulpakt 2 wird diesen Fehler fortsetzen. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren 500.000 neue Studienplätze schaffen. Diese müssen deutlich besser ausfinanziert sein, als bisher vereinbart: So fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10.600 € pro Platz pro Jahr statt der bisherigen 5.500 bzw. 6.500 €. Nur dann kann die Betreuung verbessert werden, d.h. der notwendige Aufwuchs bei den wissenschaftlichen Kräften, vor allem im Nachwuchsbereich, finanziert werden.

Außerdem wollen wir die kleinen und mittleren Unternehmen durch eine steuerliche Forschungsförderung zu mehr F&E anreizen.

Wie wird Ihre steuerliche Förderung der Industrieforschung aussehen?

Wir wollen Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen systematisch stärken. Deshalb werden wir eine Steuergutschrift in Höhe von 15% der Ausgaben für Forschung und Entwicklung für diese Unternehmen einführen. Dies erleichtert die Finanzierung von Innovation nachhaltig. Von einer Steuergutschrift profitieren insbesondere auch junge innovative Unternehmen, die noch Verluste machen. So gelingt es die Innovationsfähigkeit generell, aber natürlich auch in Zukunftsbereichen wie Energie- und Ressourceneffizienz zu stärken.

Welche Klimaschutzziele verfolgen Sie und mit welchen Maßnahmen werden Sie diese erreichen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Deutschland als Vorreiter beim Klimaschutz vorgeht und seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 senkt. Bis 2050 ist eine Reduktion von mindestens 80% erforderlich, um die globale Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Die bislang von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen sind jedoch nicht ausreichend, um dieses Ziel zu erreichen. Mit unserem neuen grünen Gesellschaftsvertrag (green new deal) sorgen wir für Investitionen in Klimaschutz, Bildung und soziale Gerechtigkeit und schaffen in den nächsten vier Jahren 1 Million neue Arbeitsplätze. Wir werden klima- und umweltschädliche Subventionen abbauen und unser Steuersystem ökologisch umgestalten. So wollen wir spritsparende und klimafreundliche Autos bei der Kfz-Steuer deutlich entlasten, Elektromobilität fördern und das Dienstwagenprivileg für große Firmenlimousinen abschaffen. Mit einem Energiesparfonds und verbesserten Programmen zur Gebäudesanierung unterstützen wir Haushalte und Betriebe beim Energiesparen und machen uns so unabhängiger von Erdöl und Kohle. Durch den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, strenge Effizienzvorgaben, eine bessere Energiekennzeichnung und eine ökologische öffentliche Beschaffung wollen wir wirtschaftliche Innovation und nachhaltige Produkte fördern. Ökonomie und Ökologie gehören zusammen. Mit unseren Maßnahmen zum Klimaschutz wollen wir Klima- und Wirtschaftskrise gemeinsam lösen und unsere Wirtschaft ökologisch modernisieren. Ein Strukturwandel hin zu einer CO₂-armen Wirtschaft nützt nicht nur unserem Klima, sondern bedeutet international auch einen erheblichen Wettbewerbsvorteil für die deutsche Wirtschaft.

Was sind Ihre Prioritäten und Ziele in der Energieforschung?

In der Energieforschung flossen in den letzten 50 Jahren fast 90% aller öffentlichen Forschungsmittel im Rahmen der OECD in die Kernspaltung und Kernfusion. Dabei trägt die Kernenergie nur zu 2,5 % zum Weltenergieverbrauch bei. Auch in Deutschland überwiegen teilweise noch Themenstellungen zu den nuklearen Techniken. Das ist eine völlig falsche Schwerpunktsetzung, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN korrigieren wollen. Erneuerbare Energien werden im Verbund mit Energieeinsparung die Atomenergie sowie die fossilen Energieträger Schritt für Schritt abgelöst. Dieses Ziel ist unsere Leitlinie bei der Aufteilung der Forschungsmittel für den Energiebereich. Dabei stehen folgende Forschungsfelder im Mittelpunkt: Energieeffizienz und Einsparung, Erneuerbare Energien, Elektromobilität, Nachhaltigkeit der Energieerzeugung, Speichersysteme für Wärme und Strom.

Welche Rolle soll die Kernenergie spielen?

Atomenergie ist aufgrund der unverantwortlichen Risiken und des bis heute ungelösten Endlagerproblems keine Option für eine nachhaltige Energieversorgung. Deshalb ist der Atomausstieg nach wie vor richtig. Mit ihm wurden die Gefahren der Atomenergie zeitlich begrenzt und die Entstehung neuen Atommülls eingeschränkt. Der Ausstieg hat zudem maßgeblich dazu beigetragen, die Energiewende in Richtung mehr Effizienz und erneuerbarer Energien voranzubringen und er schafft enorme Potenziale für neue Arbeitsplätze im Energiebereich. Angesichts veralteter Atommeiler und wachsenden Terrorgefahren gilt es heute, den Atomausstieg zu forcieren, etwa indem besonders unsichere AKWs früher vom Netz genommen werden. Eine Laufzeitverlängerung behindert nur den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien.

Welche Biotechniken werden Sie stoppen, dulden, fördern?

Einzelne Produkte der Weißen Biotechnologie eignen sich aus grüner Sicht durchaus als Lösungsansatz für gesellschaftliche Probleme. So kann zum Beispiel der Einsatz von bio- oder gentechnisch hergestellten Enzymen in geschlossenen industriellen Anlagen einen substantziellen Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz leisten und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken. Die Agro-Gentechnik lehnen wir dagegen ab. Sie findet nicht im geschlossenen System statt, sondern es werden gentechnisch veränderte Organismen in die Natur freigesetzt. Diese sind nicht mehr rückholbar. Die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sind bisher kaum bekannt und viel zu wenig untersucht. Darum muss das Vorsorgeprinzip bei der Agro-Gentechnik strikt angewandt werden. Die Stammzellforschung als ein weiterer Bereich der Biotechnologie ist für uns nur dann ein viel versprechender Weg, wenn dafür weder Eizellen von Frauen noch Embryonen verbraucht werden. Menschenwürde und Menschenrechte haben Vorrang vor Forschungs- und Verwertungsinteressen Dritter - darum setzen wir uns für eine Stärkung alternativer Ansätze wie z.B. adulte Stammzellforschung ein. Dieser Ansatz ist nicht nur ethisch unbedenklich, sondern auch im Sinne einer "Ethik des Heilens" derzeit wesentlich erfolgreicher als die embryonale Stammzellforschung mit hohen tumorauslösenden Risikopotenzialen.

Welche Rolle soll der Bund künftig für die Hochschulen spielen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich in beiden Föderalismusreformen dafür eingesetzt, dass der Bund weiterhin Mittel für die Hochschulen zur Verfügung stellen darf. Das weitgehende Kooperationsverbot für den Bund im Bereich Bildung und Wissenschaft muss aufgehoben werden. Dem Bund muss die Möglichkeit gegeben werden, sich mit Zustimmung der Länder im Bildungsbereich von der frühkindlichen Bildung bis zu den Hochschulen auch finanziell zu beteiligen. Der „Reparaturversuch“ der Großen Koalition in der nun beschlossenen 2. Föderalismusreform ist untauglich. Die Beschränkung der Möglichkeit von Bundeshilfen gemäß Art. 104b GG auf die Bereiche mit Gesetzgebungskompetenz des Bundes müssen im Bereich Bildung und Wissenschaft, auch über Notfälle und Katastrophen hinaus, aufgehoben werden.

Welche Möglichkeiten haben Sie, die deutschen Hochschulen für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen attraktiver zu machen?

Gerade für Wissenschaftlerinnen haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieser Legislatur einiges unternommen. Denn die Unterrepräsentanz von Frauen in der Wissenschaft ist nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem, sondern auch ein Qualitätsnachteil, weil ihre Potenziale in Deutschland häufig brachliegen. Deswegen fordern wir deutlich mehr Verbindlichkeit und Überprüfbarkeit bei der Durchsetzung gleichstellungspolitischer Ziele. Wir setzen uns dafür ein, dass Bundesgelder für Forschung und wissenschaftliche Einrichtungen künftig an qualitative und quantitative Zielvorgaben geknüpft werden müssen. Wir wollen innerhalb eines angemessenen Zeitraums einen Anteil von mindestens 40 Prozent jedes Geschlechts auf allen Ebenen und in allen Fachbereichen. Auf dem Weg dahin bietet sich das Kaskadenmodell an: Auf der jeweils nächst höheren Qualifikationsstufe muss ein ebenso hoher Frauenanteil wie auf der vorangehenden erreicht werden. Überprüfbare Vorgaben über konkrete Steigerungsquoten müssen Eingang finden sowohl in Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen den Ländern und den Hochschulen bzw. Wissenschaftseinrichtungen als auch in die forschungsbezogene Mittelvergabe. Flankiert werden muss der Steigerungsprozess von Elementen der Evaluation, Erfolgskontrolle und schnellen Reaktion, wenn Ziele nicht erreicht werden. Wir haben uns in dieser Legislatur auch für eine bessere Vereinbarkeit von Familie mit der Wissenschaft als Beruf eingesetzt. Für die Nachwuchskräfte halten wir das Wissenschaftszeitvertragsgesetz für nicht ausreichend. Kettenbefristungen auf Stellen, die sich überwiegend aus Drittmitteln finanzieren, sind keine attraktiven Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft. Wir streben seit langem die Abschaffung der Verbeamtung von Professorinnen und Professoren an und setzen uns für ein Arbeitsrecht für die Wissenschaft ein, das unbefristete Arbeitsverhältnisse mit wissenschaftsspezifischem Kündigungsschutz ermöglicht. Wir Grüne wollen durch größere Autonomie der Wissenschaftseinrichtungen bei der Einwerbung von Personal und bei der Mittelvergabe ihre Attraktivität für herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stärken.

Mit welchen Maßnahmen wird der Bund die Studienbedingungen verbessern?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen besser ausfinanzierten Hochschulpakt, der in den kommenden fünf Jahren 500.000 zusätzliche Studienplätze finanziert. Dazu wollen wir eine Finanzierung jedes Studienplatzes mit 10.600 € pro Jahr, was zumindest dem Durchschnitt der Kosten in den OECD-Staaten entspräche. So könnten die Betreuungsverhältnisse verbessert und die Abbruchquoten nachhaltig verringert werden. Außerdem wollen wir an die Stelle des BAföG eine Studienfinanzierung aus zwei Säulen setzen, mit dem Studierende bis zu 800 € erhalten können: Kombiniert werden der Studierendenzuschuss (Säule 1) und der Bedarfszuschuss (Säule 2). Mit Säule 1 erhalten alle Studierenden eine Sockelförderung in gleicher Höhe als Basisabsicherung. Geplant sind 200 Euro monatlich, unabhängig vom Elterneinkommen. Damit geben wir allen Studienberechtigten einen Anreiz, tatsächlich ein Studium aufzunehmen. Mit Säule 2 sichern wir eine unerlässliche soziale Komponente: Der neue Bedarfszuschuss ist als Vollzuschuss mit 260 Euro monatlich geplant und muss – anders als das jetzige BAföG – nicht zurückgezahlt werden. Denn es sind überwiegend finanzielle Gründe, weshalb in einkommensarmen und bildungsfernen Familien derzeit die meisten Bildungspotenziale brachliegen. Daher begünstigen wir Studierenden aus diesen Familien ganz gezielt.

Wie können Sie die Internationalisierung von Forschung und Lehre fördern?

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es wichtig, dass Internationalisierung nicht bedeutet, dass Deutschland auf Kosten der Entwicklungsländer einen „brain gain“ erzielt. Vielmehr muss es bei der Internationalisierung der Wissenschaft um eine ausgewogene „brain circulation“ mit allen Teilen der Welt gehen. Wir halten es für notwendig, dass die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen besser werden und dass zusätzlich die Arbeitsvoraussetzungen für hochqualifizierte Fachkräfte auch aus Nicht-EU-Staaten erleichtert werden. D.h. die Mindestverdienstgrenzen müssen ebenso abgesenkt werden wie die Anforderungen an die Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen von Partnerinnen und Partnern. Austauschprogramme wollen wir ausbauen, die internationale Kooperation stärken und Mobilitätsbarrieren abbauen. Beispielsweise muss die Portabilität von Sozialversicherungsleistungen innerhalb der EU für Forscherinnen und Forscher ermöglicht werden.

Welche Anreize planen Sie für private Stiftungen?

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben Stiftungen eine wichtige Rolle in der Gesellschaft. Daher haben wir grundlegende Initiativen zur Erweiterung des Stiftungswesens in der rot-grünen Regierungszeit ergriffen. Sobald sich die Einnahmesituation des Staates wieder verbessert hat, wollen wir Stiftungen für den Bereich Bildung und Forschung attraktiver machen.